

radeschritt sollten wir uns von unrühmlichen preußischen Traditionen verabschieden. *(Bravo-Rufe, Beifall)*

Und damit tun wir nicht nur uns, sondern vor allen Dingen allen Soldaten einen Gefallen. *(Beifall)*

Die Militärreform erfordert nach Meinung unserer Partei ein neues Wechselverhältnis von Sicherheitspolitik, Streitkräften und Wissenschaft. Wissenschaftler und Praktiker aller gesellschaftlichen Bereiche sollten daran mitarbeiten. Unsere Armee muß aber stets so stark und gefechtsbereit sein, daß sie ihren Bündnisverpflichtungen und ihren Aufgaben zur Landesverteidigung nachkommen kann. *(Beifall)*

Übrigens, die besonderen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten könnten doch auch bei der Regierung der BRD einmal zu der Überlegung führen, Rüstungskosten und militärische Stärke auf unser Niveau zu reduzieren, statt einer der stärksten Militärstaaten der Welt zu bleiben. *(Beifall)*

Was die innere Sicherheit betrifft, sind wir nach der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit für den unverzüglichen Aufbau eines Nachrichtendienstes sowie des Verfassungsschutzes der DDR.¹⁸⁴ *(Beifall)*

Der Nachrichtendienst sollte keinesfalls groß sein und den Auftrag haben, uns vor negativen politischen, militärischen und kriminellen Überraschungen zu schützen. Erst wenn alle europäischen Staaten auf solche Dienste verzichten, können auch wir es tun. Eine solche Friedensordnung wird von uns angestrebt, aber sie ist nicht allein von uns abhängig. *(Beifall)*

Der Verfassungsschutz sollte ausschließlich der Abwehr wirklicher Staatsverbrechen, neofaschistischer und antisemitischer Straftaten verpflichtet sein. Andere Funktionen, wie die Terrorabwehr, der Personenschutz oder die Bewachung öffentlicher Gebäude, auch aller anderen Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen, sollten im Ministerium für Innere Angelegenheiten installiert werden. *(Beifall)*

Die kritische Einschätzung bestimmter Tätigkeitsbereiche der Mitarbeiter des früheren MfS und ihres politischen Auftrages dazu habe ich vor einer Woche vorgenommen. Wir fordern jetzt jedoch erneut die Regierung auf, alles zu tun, damit jeder Mitarbeiter des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit einen neuen Arbeitsplatz erhält. *(Beifall)*

Gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Bewegungen treten wir entschieden gegen Diskriminierung und Verfolgungen dieser Mitarbeiter und ihrer Familien auf, zumal viele von ihnen bereit sind, unter den neuen demokratischen Verhältnissen als Bürger der DDR an der Erneuerung unserer Gesellschaft mitzuwirken. Wer, frage ich, will sie eigentlich zu unseren Feinden machen *(Beifall)* und dafür dann die Verantwortung übernehmen? Es widerspricht unserer Auffassung von Rechtsstaatlichkeit, von demokratischer Revolution, wenn altes Unrecht mit neuem Unrecht, gar mit Rache vergolten werden soll. Es verdient die Achtung der

184 Vgl. Anm. 95.